

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Umwelt und Ernährung

Gute Umweltbedingungen und gesunde Ernährung sind Schlüsselfaktoren bei der Vermeidung von Krankheiten. Dies gilt besonders für Kinder und Jugendliche. Vor dem Hintergrund der alarmierenden Warnungen von Fachleuten hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Große Anfrage (Drs. 15/641) zur Gesundheitslage von Kindern und Jugendlichen im Land Bremen gestellt. Die Mitteilung des Senats (Drs. 15/765) macht besonders in den Bereichen Umwelt und Ernährung Handlungsbedarf für die Kommunen Bremen und Bremerhaven deutlich.

Umwelt

Kinder und Jugendliche sind einer Vielzahl von Umweltchemikalien ausgesetzt: Pestizide in Nahrungsmitteln, mögliche Belastungen der Innenraumluft von Schulen und Kindertagesstätten mit polychlorierten Biphenylen (PCB) sind nur zwei Beispiele. Nach einer Untersuchung in Bremens Nachbargemeinde Delmenhorst leiden 16 Prozent der Kinder an einer Allergie (Heuschnupfen, Neurodermitis, Asthma). Bei Ausweitung der Kriterien (z. B. Einrisse an den Ohrläppchen) sind sogar über 31 Prozent der Kinder betroffen. Insbesondere das neue Krankheitsbild der vielfältigen Chemikalien-Überempfindlichkeit (MCS: Multiple Chemical Sensitivity) macht es dringend erforderlich, alle Möglichkeiten der Vorsorge auszuschöpfen. Mittlerweile leiden 2 bis 10 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands an MCS.

Auch wenn die Ursache-/Wirkung-Beziehungen oft nicht vollständig wissenschaftlich belegt sind, müssen bestmögliche Bedingungen für die Gesundheit der Kinder geschaffen werden. Hier ist insbesondere die kommunale Politik angesprochen, die sich mit Initiativen für eine gesunde kinderfreundliche Stadt engagieren muss.

Ernährung

Fettleibigkeit gehört zu den chronischen Erkrankungen im Kindesalter. Bereits im Vorschulalter tritt Fettleibigkeit häufig auf. In Bremen sind 8,2 Prozent der Schulanfänger behandlungsbedürftig übergewichtig. Der Trend ist steigend. Die betroffenen Kinder leiden häufig auch als Erwachsene unter Übergewicht und haben damit ein erhöhtes Erkrankungsrisiko (Herz-/Kreislauf-Erkrankungen, Gelenkerkrankungen, Diabetes mellitus, psychosomatische Störungen).

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. krankheitsauslösende Umwelteinflüsse zu reduzieren:

Hierzu sind folgende Maßnahmen geeignet:

- die systematische Untersuchung der Innenräume von öffentlichen Gebäuden auf verschiedene Schadstoffe (PCB, PAK, Formaldehyd, PCP, Lindan, Dioxine, Furane und Schimmel) und gegebenenfalls die Durchführung sofortiger Sanierungsmaßnahmen. Begonnen werden muss in Schulen und Kindertagesstätten; Einrichtungen privater Träger und Eltern-Kind-Gruppen werden in diese Untersuchungen einbezogen,
- die Erstellung eines Baustoffkatasters für Schulen und Kindertagesstätten,

- die Einführung von Beschaffungsrichtlinien für Baustoffe, die auf ihre Gesundheits- und Umweltverträglichkeit geprüft sind und Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen,
 - eine genaue Beobachtung der Belastung der Kinder durch Verkehrsemissionen. Bei Grenzwerten und Maßnahmen ist die für Kinder relevante Höhe von 1,20 Meter zu berücksichtigen,
 - der Schutz von Kindern vor Elektrosmog durch die Orientierung des Aus- bzw. Rückbaus von Mobilfunksendeanlagen am vorsorgenden Gesundheitsschutz. Hierzu gehört auch ein ausreichender Abstand zwischen Sendemasten und Schulen bzw. Kindertagesstätten.
2. gesunde Ernährung und Bewegung zu fördern:
- Das Agenda-21-Projekt „KITA – Küche der kurzen Wege“ ist auszuweiten. Das bedeutet den Erhalt bestehender Küchen in Kindergärten, die Belieferung der Kindergärten mit Lebensmitteln aus ökologischem oder regionalem Landbau und eine Begleitung durch Ernährungsberatung für Eltern sowie eine Ernährungserziehung für Kinder.
 - Für die Küchen der Schulen und Kindertagesstätten sind ökologische Beschaffungsrichtlinien einzuführen.
 - Gesunde Ernährung in der Schule muss gefördert werden, Frühstücks- und Mittagessenangebote müssen vor allem für Kinder in benachteiligten Stadtteilen ausgebaut werden.
 - Außenspielflächen von Kindergärten müssen erhalten werden und dürfen nicht verkauft werden.
3. die Leistungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes zu erhalten:
- Obwohl Bremen eine gut ausgebaute öffentliche Gesundheitsversorgung für Kinder hat, werden arme Familien oder Familien mit Migrationshintergrund schlechter erreicht als andere. Das Gesundheitsamt Bremen übernimmt hier zentrale und nicht ersetzbare Aufgaben.
 - Die geplanten Einsparungen bei Zahnprophylaxe und ärztlicher Untersuchung im Kindergarten und in der Schule dürfen nicht umgesetzt werden.
4. die Gesundheitsberichterstattung zu verbessern:
- Notwendig ist eine umfassende datenbasierte Darstellung der gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen, um angemessene Präventionsstrategien bzw. Unterstützungsangebote entwickeln zu können. Dazu sind folgende Maßnahmen geeignet:
- gezielte Auswertung der Daten der Schuleingangsuntersuchung hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen
 - o Umwelteinflüssen und Allergie- und Atemwegserkrankungen,
 - o Umwelteinflüssen und Hyperaktivität,
 - o Gesundheitszustand und sozialen Lagen,
 - o Ernährung und sozialen Lagen,
 mit dem Ziel, fundierte Erkenntnisse über gesundheitsbeeinflussende Faktoren durch Umwelt, Ernährung und soziale Lagen für Bremen zu gewinnen.
 - Systematische Berücksichtigung des Zusammenhangs zwischen Armut bzw. sozialen Lagen und Gesundheit in der Gesundheitsberichterstattung und Ermittlung von Handlungsbedarf.

Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen